

Mai 2024

Kurzexpertise zu Auswirkungen von Binnengrenzkontrollen

Erstellt von Dr. Marcus Engler und Lea Christinck

Auftraggeberin:

Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag



Kurzexpertise zu Auswirkungen von Binnengrenzkontrollen

Erstellt von Dr. Marcus Engler¹ und Lea Christinck²
für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag

Neue Binnengrenzkontrollen als Bestandteil einer restriktiven Asylpolitik

Mitte Oktober 2023 wurden an den Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz stationäre Grenzkontrollen eingeführt. Erklärtes Ziel dieser Grenzkontrollen ist die Reduktion irregulärer Migrationsbewegungen nach Deutschland und die Bekämpfung sogenannter Schleuserkriminalität.

Die Einführung dieser Grenzkontrollen steht im Zusammenhang mit weiteren restriktiven Maßnahmen in der Flüchtlings- und Migrationspolitik. Sowohl auf EU-Ebene mit der erneuten Reform des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems als auch auf nationaler Ebene wurden in den letzten Monaten Maßnahmen beschlossen, welche die Mobilität von Schutzsuchenden einschränken und/oder abschreckend wirken sollen.

Eine auffällige und besorgniserregende Entwicklung besteht darin, dass die Diskussionen in der Asyl- und Flüchtlingspolitik zunehmend einen postfaktischen Charakter annehmen und von einem sehr selektiven Umgang mit empirischer Evidenz geprägt sind. Angesichts von guten Umfragewerten und Wahlerfolgen rechter Parteien wählen politische Entscheidungsträger*innen auch von Parteien der Mitte eine Strategie, die stark auf das Demonstrieren von Handlungsfähigkeit und das Senden von Kontrollbotschaften abzielt, unabhängig davon, wie sinn- oder wirkungsvoll die ergriffenen Maßnahmen im Einzelnen sein mögen. Auch vor dem Hintergrund kurzer Entscheidungs- und Umsetzungsfristen kommt eine sorgfältige Auseinandersetzung mit Erkenntnissen der Wissenschaft häufig zu kurz.

¹ Marcus Engler ist Sozialwissenschaftler. Er befasst sich seit vielen Jahren mit Flucht- und Migrationsbewegungen sowie deren politischer Steuerung. Derzeit arbeitet er als Wissenschaftler am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin.

² Lea Christinck ist Sozialwissenschaftlerin. Sie hat einen BA in Geografie. Derzeit macht sie ihren Abschluss im Master Soziokulturelle Studien an der Viadrina Universität in Frankfurt (Oder).

Dies scheint auch bei den Binnengrenzkontrollen der Fall zu sein. Die eingeführten Grenzkontrollen wurden mehrfach verlängert und werden von Entscheidungsträger*innen als erfolgreich dargestellt. Die Statistiken, auf die sie ihre Aussagen stützen, sind allerdings alles andere als belastbar. Zudem werden negative Auswirkungen für Schutzsuchende oder die Bevölkerung in der Grenzregion ausgeblendet.

Diese Kurzexpertise leistet einen Beitrag zur Versachlichung der Diskussion. Zunächst geben wir einen kurzen Überblick über den Rechtsrahmen von Binnengrenzkontrollen und die bisherige Anwendung in Deutschland und anderen EU-Staaten. Anschließend rekonstruieren wir die politischen Entwicklungen, die zu den neuen Grenzkontrollen geführt haben. Dann problematisieren wir einige der Annahmen, auf denen die Kontrollen basieren. Im nächsten Schritt unterziehen wir zentrale Aussagen und Zahlen in der Debatte um Binnengrenzkontrollen einer kritischen Analyse. Abschließend geben wir einen Ausblick³.

Binnengrenzkontrollen im Schengenraum: Rechtliche Grundlagen und Anwendungen

Seit Beginn der Etablierung des Schengenraums⁴ gibt es temporäre Binnengrenzkontrollen, es handelt sich daher nicht um eine neue Praxis. Doch die Anzahl und Dauer der Kontrollen sowie die Begründungen für die jeweiligen Maßnahmen bei der Europäischen Kommission haben sich mit der Zeit verändert.

Im bisher geltenden Schengener Grenzkodex von 2016 sind die Bedingungen für Grenzüberschreitungen im Schengen-Raum festgehalten.⁵ So sind an den Binnengrenzen laut Artikel 22 des Grenzkodexes Personenkontrollen grundsätzlich abgeschafft. Doch es gibt drei Ausnahmen, welche eine Wiedereinführung von

³ In diesem Kurzgutachten werden erste Ergebnisse präsentiert. Zu einem späteren Zeitpunkt werden detaillierte Befunde veröffentlicht.

⁴ Das Schengener Übereinkommen wurde 1985 von Deutschland, Frankreich und den Beneluxstaaten unterzeichnet. 1995 entfielen die Personengrenzkontrollen an den Binnengrenzen der besagten Länder. 1999 trat die Integration des Schengener Abkommens in EU-Recht in Kraft (Wassenberg 2020: 30f.). Stand heute sind 29 Nationalstaaten Teil des Schengen-Raums (EU-Rat 2024).

Europäischer Rat, "Erläuterungen zum Schengen-Raum," *consilium.europa.eu*, April 3, 2024

<https://www.consilium.europa.eu/de/policies/schengen-area/>

Birte Wassenberg, "The Schengen Crisis and the End of the 'Myth' of Europe Without Borders," *Borders in Globalization Review* 1, 2 (2020): 30–39

⁵ Europäische Union, "Schengener Grenzkodex: Verordnung (EU) 2016/399 vom 9. März 2016.", ABL. L 77/1, 2016

Binnengrenzkontrollen erlauben. Hierbei dürfen diese jedoch nur als *letztes Mittel* dienen und müssen verhältnismäßig sein. Zudem muss die Europäische Kommission über die Wiedereinführung durch ein Notifikationsschreiben in Kenntnis gesetzt werden. Dieses muss auch die Rechtfertigungsgründe für die Grenzkontrollen enthalten (Art. 25ff.).

Die temporäre Einführung von Grenzkontrollen ist dann möglich, wenn eine konkrete, *ernsthafte Bedrohung der öffentlichen Ordnung oder der inneren Sicherheit* in einem Mitgliedstaat vorliegt. Hier kann zwischen zwei Fällen unterschieden werden. Im Falle einer vorhersehbaren Gefahr, wie einer Veranstaltung, ist anfänglich eine Kontrolle der Binnengrenze von bis zu 30 Tagen erlaubt. Diese kann um je maximal 30 Tage auf insgesamt ein halbes Jahr verlängert werden. Die EU-Kommission muss spätestens vier Wochen vor der Einführung informiert werden (Art. 25). Wenn eine konkrete Bedrohung sofortiges Handeln notwendig macht, ist zunächst eine Binnengrenzkontrolle von bis zu zehn Tagen möglich. Diese kann um jeweils 20 Tage insgesamt auf bis zu 2 Monate verlängert werden (Art. 28). Die dritte Ausnahme, welche die Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen ermöglicht, sind außergewöhnliche Umstände, unter denen das *Funktionieren des Raums ohne Kontrollen an den Binnengrenzen insgesamt gefährdet ist*. Als Ursache hierfür werden im Grenzkodex schwerwiegende Mängel bei Außengrenzkontrollen angeführt. In diesem Falle können Binnengrenzkontrollen von bis zu sechs Monaten eingeführt werden. Diese können um je maximal sechs Monate auf insgesamt zwei Jahre verlängert werden (Art. 29).

Aus den Ausführungen geht deutlich hervor, dass Binnengrenzkontrollen nur für klar definierte und begrenzte Zeiträume bestehen dürfen. Hervorzuheben ist zudem, dass Migration und Grenzüberschreitungen von Drittstaatsangehörigen laut dem Schengener Grenzkodex von 2016 nicht per se als Gefahr für die öffentliche Ordnung und innere Sicherheit eingestuft werden dürfen.⁶

Zwischen 2000 und 2014 wurden Binnengrenzkontrollen durch Mitglieder des Schengenraumes zumeist aufgrund von spezifischen Events durchgeführt. Hierbei handelte es sich beispielsweise um Sportveranstaltungen oder auch politische Treffen. Zumeist hatten die Kontrollen eine Dauer von wenigen Tagen.⁷

2011 wurde erstmals mit dem Schutz vor Migration bei der Einführung von Binnengrenzkontrollen argumentiert. Während des sogenannten Arabischen Frühlings hatte Italien temporäre Aufenthaltstitel an tunesische Geflüchtete vergeben, die ihnen

⁶ Ebd., Erwägungsgrund 26.

⁷ Anna Doliwa-Klepacka, "The possibilities of temporary reintroduction of border control at the internal borders of the Schengen Area in the light of current challenges," *Studia Prawnicze KUL* 4 (2021): 36
Fabian Gülzau, "A 'New Normal' for the Schengen Area. When, Where and Why Member States Reintroduce Temporary Border Controls?" *Journal of Borderlands Studies* 38, 5 (2021): 786

Bewegungsfreiheit im Schengenraum ermöglichten. Als Reaktion auf diese Praxis verstärkte Frankreich seine Grenzkontrollen, dies geschah jedoch ohne den korrekten bürokratischen Gang der Notifikation. In diesem Zusammenhang erwogen weitere Länder, u.a. Deutschland, eine Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen.⁸

2015 kam es zu einer Ausweitung der Wiedereinführung von Binnengrenzkontrollen, welche zumeist mit Immigrationskontrolle, manchmal in Verbindung mit Sicherheitsbedenken begründet wurden.⁹ So führte Deutschland im Herbst 2015 Grenzkontrollen zu Österreich ein, die bis heute bestehen. Bis zum Ende des Jahres folgten sieben weitere Schengenstaaten, mit dem Ziel, sogenannte Sekundärmigration¹⁰ von Geflüchteten aus Südosteuropa zu unterbinden.¹¹ Unter wechselnder Bezugnahme auf die im Grenzkodex angegebenen Ausnahmen zur Einführung von Binnengrenzkontrollen verlängern einige Länder die Kontrollen weit über die vorgesehene maximale Dauer.¹²

Als Reaktion auf die Terroranschläge in Paris 2015 und Nizza 2016 führte Frankreich temporäre Binnengrenzkontrollen ein. Auch diese werden seitdem immer wieder verlängert mit der Argumentation einer fortbestehenden terroristischen Gefahr, welche zudem in Verschränkung mit Migration bestehe.¹³

2018 kam es in Deutschland zu einer intensiven Debatte um migrationsbegrenzende Maßnahmen. Zum einen gab es einen 'Asylstreit' innerhalb der Union, aber auch eine Debatte um Maßnahmen zwischen den Koalitionspartnern. Besonders weitgehende Forderungen kamen vom damaligen Innenminister Horst Seehofer (CSU). Dieser argumentierte für mehr Binnengrenzkontrollen von deutscher Seite, bis hin zu einem Aussetzen des Schengen-Abkommens für den gesamten Raum. Dies sei nötig, bis effektive Kontrollen an den Außengrenzen vollzogen werden würden.¹⁴ Zudem war

⁸ Gülzau 2021: 789

⁹ Ebd.: 789

¹⁰ Der Begriff Sekundärmigration bezeichnet die eigenständige Weiterwanderung von Asylsuchenden oder anerkannten Schutzberechtigten von einem EU-Staat in einen anderen. Es handelt es sich um einen rechtlichen Begriff. Aus Sicht der Migrationsforschung ist der Begriff zu kritisieren, da Fluchtwege sehr häufig lang und komplex sind. Die Weiterreise von einem EU-Staat in einen anderen ist dabei nur der letzte Abschnitt und die Bezeichnung *Sekundärmigration* führt daher in die Irre.

¹¹ Ebd.: 786

¹² Doliwa-Klepacka 2021: 37

¹³ Gülzau 2021: 789

¹⁴ Deutsche Welle, "Interior Minister Wants Stronger German Border Controls," *dw.com*, March 18, 2018, <https://www.dw.com/en/german-interior-minister-horst-seehofer-calls-for-more-internal-border-controls/a-43026767>

Seehofer prägend in der Debatte mit dem damaligen Koalitionspartner SPD um die Zurückweisung von Schutzsuchenden an der deutsch-österreichischen Grenze. In diesem Zusammenhang drohte Seehofer, im Alleingang Schutzsuchende abzuweisen, die bereits in anderen EU-Staaten einen Asylantrag gestellt hatten.¹⁵ Als Kompromiss wurden im gleichen Jahr mit Griechenland, Spanien und Italien bilaterale Abkommen getroffen. Diese ermöglichen es, Schutzsuchende, die bereits in einem der drei Länder einen Asylantrag gestellt haben, innerhalb von 48 Stunden von der österreichischen Grenze in das jeweilige Land zurückzuführen.¹⁶ Im Rahmen dieser Abkommen kam es nur zu einer geringen Zahl von Zurückweisungen.¹⁷ In diesem Zusammenhang wurde auch die Idee von Transitzonen erneut diskutiert. An der deutsch-österreichischen Grenze sollten es diese ermöglichen, angelehnt an Flughafenverfahren, durch die "Fiktion der Nichteinreise", Schutzsuchende in einem Transitzentrum festzuhalten und binnen 48 Stunden zurückzuweisen. Österreich hatte diesbezüglich starke Bedenken geäußert.¹⁸ Die Idee wurde nicht umgesetzt.

Im Rahmen der Corona Pandemie kam es ab 2020 zu einer globalen Zunahme von Reiseverboten. In diesem Zuge nahmen auch im Schengen-Raum Reisebeschränkungen und temporäre Binnengrenzkontrollen zu. Es kam in diesem Zeitraum zu einem Anstieg der Zahl der Kontrollen, doch auch ihre Dauer nahm stark zu.¹⁹ Während 2015 knapp 40% der Landgrenzen zumindest zeitweilig von Binnengrenzkontrollen betroffen waren, waren es 2020 rund 70%.²⁰

Temporäre Binnengrenzkontrollen können somit als Reaktion auf (empfundene) Risiken wie Pandemien, Terrorismus und unerwünschte Migration verstanden werden. Dennoch sind spezifische Events, wie politische Treffen, der (quantitative) Hauptgrund für die Einführung temporärer Binnengrenzkontrollen.²¹ Bei vielen Binnengrenzkontrollen, die mitunter schon mehr als 8 Jahre bestehen, wie an der deutsch-österreichischen Grenze, sind die Höchstfristen des Schengener Grenzkodexes um ein Vielfaches überschritten.

¹⁵ Deutsche Welle, "Deutschland schließt Rückführungsabkommen mit Spanien," *Dw.com*, August 9, 2018, <https://www.dw.com/de/deutschland-schlie%C3%9Ft-r%C3%BCckf%C3%BChrungsabkommen-mit-spanien/a-44997608>

¹⁶ Deutschlandfunk, "Rücknahme Von Flüchtlingen - Seehofer Verkündet Einigung Mit Italien," *Deutschlandfunk*, September 13, 2018. <https://www.deutschlandfunk.de/ruecknahme-von-fluechtlingen-seehofer-verkuendet-einigung-100.html>.

¹⁷ Bundestag Drucksache 19/11757

¹⁸ Tagesschau, "FAQ: Wie sollen Die 'Transitzentren' Aussehen?," *Tagesschau*, Juli 3, 2018, <https://www.tagesschau.de/inland/faq-asylkompromiss-101.html>

¹⁹ Gülzau 2021: 786

²⁰ Ebd.: 804

²¹ Ebd.: 790

2022 fällte der Europäische Gerichtshof ein Grundsatzurteil zu den österreichischen Grenzkontrollen zu Ungarn und Slowenien, welche seit Herbst 2015 mit wechselnder Bezugnahme auf unterschiedliche Artikel des Grenzkodexes existieren. Es wurde darauf verwiesen, dass auch eine anhaltende Bedrohung nicht die Maximaldauer der Binnengrenzkontrollen auszuhebeln vermag. Zudem wurde die Begründung einer neuerlichen Gefahr versäumt. Damit wurden die Kontrollen rückwirkend für rechtswidrig erklärt.²² Dennoch wurden die Kontrollen weitergeführt. Derzeit führen acht EU-Mitgliedstaaten temporäre Binnengrenzkontrollen durch.²³ Ein aktuelles Rechtsgutachten stuft die Binnengrenzkontrollen zwischen Deutschland und Österreich erneut als „eindeutig rechtswidrig“ ein²⁴.

Parallel zum Gerichtsprozess liefen jedoch bereits Verhandlungen für eine Reform des Schengener Grenzkodex. Nach einem gescheiterten Reformversuch des Schengener Grenzkodex legte die EU-Kommission im Dezember 2021 einen neuerlichen Reformvorschlag vor.²⁵ Ein Kompromiss konnte im Februar 2024 nach interinstitutionellen Verhandlungen gefunden werden.²⁶ Am 24. April wurde die Reform durch das Europäische Parlament angenommen.²⁷ Sie beinhaltet unterschiedliche Änderungen bezüglich (Binnen-)Grenzkontrollen und Migration: Binnengrenzkontrollen sollen auf weitere Gründe gestützt werden können. Einerseits kann dies im Rahmen von *Public Health Emergencies* geschehen, als Reaktion auf die unkoordinierte Schließung

²² Sarah Progin-Theuerkauf, „Mit Kanonen auf Spatzen: Die geplante Reform des Schengen-Systems“ *EuZ – Zeitschrift für Europarecht* 8 (2021): 1-25

EUGH, „Pressemitteilung Nr 64/22,“ *curia.europa.eu*, April 26, 2022, <https://curia.europa.eu/jcms/upload/docs/application/pdf/2022-04/cp220064de.pdf>

²³ Dabei handelt es sich um Österreich, Norwegen, Dänemark, Schweden, Frankreich, Italien, Slowenien und Deutschland.

European Commission, „Temporary Reintroduction of Border Control,“ *europa.eu*, 2024, https://home-affairs.ec.europa.eu/policies/schengen-borders-and-visa/schengen-area/temporary-reintroduction-border-control_en

²⁴ Redaktionsnetzwerk Deutschland, Rechtsgutachten: Deutsche Grenzkontrollen verstoßen „eindeutig gegen EU-Recht“, 1.5.2024, <https://www.rnd.de/politik/rechtsgutachten-deutsche-grenzkontrollen-verstossen-eindeutig-gegen-eu-recht-K2QCFICSSJGJFSTYTWIFMO7JM.html>

²⁵ European Commission, „Proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council amending Regulation (EU) 2016/399 on a Union Code on the rules governing the movement of persons across borders,“ *eur-lex.europa.eu*, Dezember 14, 2021

<https://eur-lex.europa.eu/legal-content/EN/TXT/?uri=COM%3A2021%3A891%3AFIN&qid=1639757139340>

²⁶ Europäischer Rat, „Schengen: Rat und Europäisches Parlament vereinbaren Aktualisierung des Grenzkodex,“ *consilium.europa.eu*, Februar 5, 2024, <https://www.consilium.europa.eu/de/press/press-releases/2024/02/06/schengen-council-and-european-parliament-agree-to-update-eu-s-borders-code/>

²⁷ European Parliament, „MEPs give green light to a reformed Schengen Borders Code,“ *europarl.europa.eu*, April 24, 2024, <https://www.europarl.europa.eu/news/en/press-room/20240419IPR20558/meps-give-green-light-to-a-reformed-schengen-borders-code>

von Binnengrenzen während der COVID-19 Pandemie. Es sollen Mechanismen etabliert werden, welche eine koordinierte Reaktion mit grenzüberschreitenden Bedrohungen von Gesundheit auf Unionsebene ermöglichen.²⁸ Andererseits wird es nun ermöglicht, Binnengrenzkontrollen auf plötzliche, hohe und unautorisierte Sekundärmigration zwischen Mitgliedstaaten zu stützen.²⁹ Dies war zuvor explizit ausgenommen. Die Reform beinhaltet auch eine Verlängerung der Maximaldauer der temporären Binnengrenzkontrollen von zwei auf drei Jahre.³⁰ Auch ein neues Verfahren zur Rückweisung und -führung von aufgegriffenen Drittstaatsangehörigen ohne Aufenthaltsrecht, in den Mitgliedstaat, von dem aus sie die Grenze überschritten haben, soll umgesetzt werden.³¹ Zudem wird die Instrumentalisierung von Migrant*innen durch Drittstaaten oder nicht staatliche Akteure erstmals in den Schengener Grenzkodex eingeführt. Damit ist das Einsetzen von Migrant*innen oder Geflüchteten als politisches Druckmittel gegen andere Staaten gemeint. Im Falle von Instrumentalisierung können Staaten zum Beispiel Grenzübergänge zeitweise schließen.³² Jedoch soll auch die Risikoabwägung mehr in den Fokus gerückt werden und die alternativen Mittel, wie bspw. verstärkte, grenzübergreifende Polizeikooperation, werden spezifisch benannt.³³ Die Änderungen des Schengener Grenzkodex treten unmittelbar nach Veröffentlichung im Europäischen Gesetzblatt in Kraft.

Kontext und Entwicklung der aktuellen Kontrollen

Seit dem 16. Oktober 2023 finden nunmehr an vier deutschen Grenzen temporäre Kontrollen statt. Dabei sind zur deutsch-österreichischen Grenze die Grenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz hinzugekommen. Der Wiedereinführung ging eine lange Debatte um die Überforderung von Kommunen mit der Aufnahme von Schutzsuchenden

²⁸ European Parliament, "Amendment 163 A9-0280/163," *europarl.europa.eu*, April 15, 2024, https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2023-0280-AM-163-163_EN.pdf

²⁹ Ebd.: 20

³⁰ Ebd.: 54

³¹ Ebd.: 14f.

³² Ebd.: 35

³³ Ebd.: 56

voraus.³⁴ Diese ging mit Forderungen nach restriktiven Maßnahmen, so auch einer Ausweitung von stationären Grenzkontrollen einher. Die Forderungen nach Restriktionen und Grenzkontrollen gingen zunächst insbesondere von den Unionsparteien und der AfD aus.³⁵ Die Bundesregierung und die zuständige Innenministerin Nancy Faeser (SPD) haben sich einige Zeit gegen stationäre Grenzkontrollen ausgesprochen. So begründete Faeser ihre Position mit der Sorge um Rückschritte für die europäische Integration.³⁶ Diese ablehnende Haltung weichte nach und nach auf. Dabei kam politischer Druck auch von den Bundesländern. So beschloss etwa die Ministerpräsidentenkonferenz vom 10. Mai 2023 die Intensivierung der Schleierfahndung an allen deutschen Grenzen. Bei der Schleierfahndung handelt es sich um sogenannte verdachtsunabhängige, nicht-stationäre Personenkontrollen in Grenznähe. Im Beschluss der MPK wurde zudem die Konsultation hinsichtlich temporärer Binnengrenzkontrollen je nach Lageentwicklung angekündigt.³⁷

Im September 2023 ordnete die Bundesinnenministerin dann sogenannte flexible Schwerpunktkontrollen an der polnischen und tschechischen Grenze und im Grenzgebiet an. Diese wurden mit der Bekämpfung von Schleuserkriminalität begründet. Die Kontrollen waren räumlich und zeitlich mobil, um "Ausweichbewegungen der Schleuser"³⁸ zu verhindern. Zugleich sollten somit die Auswirkungen auf Anwohnende, Pendelnde und Handel begrenzt werden. Bei dieser Maßnahme handelt es sich nicht um eine temporäre Binnengrenzkontrolle. Stattdessen bildet Artikel 23 des Schengener Grenzkodex die juristische Grundlage, welcher sich auf "Kontrollen innerhalb des Hoheitsgebiets"³⁹ bezieht.

³⁴ Giorgos Christides et al., "Schaffen wir das nochmal?", *spiegel.de*, September 30, 2022, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/migration-deutschland-ist-vom-andrang-der-fluechtlinge-ueberfordert-a-1f5603af-63c5-4d05-bb15-9f164992b09f>
Tim Niendorf, "Gut eine Million Flüchtlinge mehr - von einem Jahr aufs Nächste," *faz.net*, März 3, 2023, <https://www.faz.net/aktuell/politik/inland/zahl-der-fluechtlinge-2022-sprunghaft-angestiegen-18788929.html>

³⁵ Bundestag Drucksache 20/3933, sowie Bundestag Drucksache 20/6731

³⁶ BMI, "Wir müssen Das Europa Der Offenen Grenzen Retten," *Bundesministerium des Innern Und Für Heimat*, November 2, 2023a, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/interviews/DE/2023/2023-06-08-rnd.html>.

³⁷ MPK, "Beschluss. Gemeinsame Flüchtlingspolitik von Bund und Ländern: Unterstützung der Kommunen, gesteuerter Zugang, beschleunigte Verfahren, verbesserte Rückführung," *Bundesregierung*, Mai 10, 2023, <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/974430/2189202/6b0fb8745bb6d8430328a426c04626c1/2023-05-10-mpk-beschluss-data.pdf?download=1>

³⁸ BMI, "Flexible Schwerpunktkontrollen an Den Grenzen Zu Polen Und Tschechien angeordnet," *Bundesministerium des Innern Und Für Heimat*, November 2, 2023b, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/09/flexible-schwerpunktkontrollen.html>.

³⁹ Ebd.

Am 16. Oktober 2023 wurden dann an der polnischen, tschechischen und Schweizer Grenze für zunächst 10 Tage Binnengrenzkontrollen nach Artikel 25ff. des Schengener Grenzkodex eingeführt. Die Bekämpfung von Schleuserkriminalität und die Begrenzung irregulärer Migration wurden als Begründung angeführt. Im gleichen Zuge wurde die Notifikation für eine Verlängerung der Grenzkontrollen nach Österreich um weitere sechs Monate bis zum 11. Mai 2024 eingereicht.⁴⁰ Eine neuerliche Notifikation einer Verlängerung bis zum 11. November 2024 wurde bereits eingereicht.⁴¹ Der Bundespolizei ist es nun möglich, die drei unterschiedlichen Maßnahmen einzusetzen: Schleierfahndung, flexible Schwerpunktkontrollen und stationäre Binnengrenzkontrollen. Durch die kombinierte und flexible Verwendung der Maßnahmen sollen laut Bundesinnenministerium Ausweichbewegungen von Schleusenden verhindert werden.⁴²

Die stationären Grenzkontrollen finden nur an einigen ausgewählten Grenzübergängen statt. In Brandenburg sind dies etwa der Übergang in Frankfurt (Oder)/Stadtbrücke sowie auf den Autobahnen A12 (bei Frankfurt (Oder)) und A15 (bei Forst). An anderen Grenzübergängen gibt es keine dauerhaften Kontrollen. Insgesamt gibt es an der deutsch-polnischen Grenze rund 20 Grenzübergänge.⁴³ Allein die deutsch-polnische Grenze ist insgesamt rund 460km lang und in ihrer gesamten Länge nur schwer zu kontrollieren.

Sukzessive wurden die temporären Binnengrenzkontrollen verlängert. Bis Mitte Dezember diente als juristische Grundlage u.a. Artikel 28, nach welchem aufgrund einer konkreten Bedrohung mit sofortigem Handlungsbedarf bis zu zwei Monate Binnengrenzkontrollen eingeführt werden können.⁴⁴ Am 15. Dezember 2023 wurden die Maßnahmen für weitere drei Monate verlängert, und Mitte Februar wurde die

⁴⁰ BMI, "Binnengrenzkontrollen an Den Landgrenzen Zu Polen, Tschechien Und Der Schweiz," *Bundesministerium des Innern Und Für Heimat*, Oktober 16, 2023c, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/10/notifizierung-bgk.html>

⁴¹ European Commission 2024

⁴² BMI, "Vorübergehende Binnengrenzkontrollen Zu Polen, Tschechien Und Der Schweiz werden fortgesetzt," *Bundesministerium des Innern Und Für Heimat*, Februar 17, 2024a, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2024/02/fortsetzung-binnengrenzkontrollen.html>

⁴³ Je nach Angabe gibt es 17 bzw. 19 Grenzübergänge zwischen Polen und Deutschland. Barbara Anna Woyno, "Grenzübergänge nach Polen", *polish-online.com*, 2023, <https://www.polish-online.com/polen/reisetipps/grenzuebergaenge.php>
Auto-Reise, "Polen-unentdeckte Nachbarn im Osten", *auto-reise-welt.de*, o.J., <http://www.auto-reise-welt.de/autoreise-polen.htm>

⁴⁴ BMI 2023c

Verlängerung bis zum 15. Juni notifiziert.⁴⁵ Das BMI begründet die Maßnahmen mit der derzeitigen migrations- und sicherheitspolitischen Lage.⁴⁶ Zeitgleich gab es auch eine Intensivierung der Zusammenarbeit mit den Nachbarstaaten – insbesondere mit Polen, Tschechien und der Schweiz – bei der Kontrolle irregulärer Migrationsbewegungen und der “Bekämpfung von Schleusern”.

Im Rahmen der Fußball Europameisterschaft , welche in Deutschland ab Mitte Juni ausgetragen wird, wird es Kontrollen an allen Binnengrenzen geben. Dies habe, laut Faeser, zum Ziel, “mögliche Gewalttäter an der Einreise hindern zu können”.⁴⁷

Schutzsuchende, falsche Irreguläre und Schleuser - wie Begriffe unseren Blick beeinflussen

Zu bemerken ist zunächst, dass die politische Diskussion um Grenzschutz insgesamt und die Binnengrenzkontrollen im Speziellen vollkommen losgelöst geführt wird, von der Diskussion um die Schutzgewährung von Menschen. Bei der Diskussion um Grenzkontrollen wird ausgeblendet, dass es für schutzsuchende Menschen in der Regel so gut wie keine legalen und sicheren Einreisewege nach Deutschland und Europa gibt. Zwar hat die deutsche und europäische Politik bereits unzählige Male angekündigt, sichere und legale Wege für schutzsuchende Menschen auszubauen. Dies ist jedoch nur in geringem Umfang geschehen. Auch innerhalb des europäischen Asylsystems gibt es weder ein System der Verantwortungsteilung noch ausreichend sichere und legale Wege in andere EU-Staaten. Das bedeutet, dass schutzsuchende Menschen in der überwiegenden Zahl der Fälle gar keine andere Wahl haben, als irregulär nach Deutschland einzureisen. Die Rücküberstellung von Asylsuchenden und anerkannten Schutzberechtigten in andere EU-Staaten wird zudem regelmäßig von deutschen Gerichten mit Verweis auf unzureichende Aufnahmebedingungen untersagt. Die Einführung von Binnengrenzkontrollen ändert weder etwas an dem Schutzbedarf der Menschen und ihren im Völkerrecht verbrieften Rechten, noch trägt es dazu bei, bessere

⁴⁵ BMI, “Vorübergehende Grenzkontrollen zu Polen, Tschechien und der Schweiz werden für drei Monate fortgesetzt” *Bundesministerium des Innern Und Für Heimat*, Dezember 12, 2023d, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/pressemitteilungen/DE/2023/12/grenzkontrollen-binnengrenzen.html> BMI 2024a

⁴⁶ BMI, “Fragen Und Antworten Zur Einführung Von Temporären Binnengrenzkontrollen,” *Bundesministerium des Innern Und Für Heimat*, December 18, 2023, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/faqs/DE/themen/sicherheit/bgk/bgk-liste.html>.

⁴⁷ Tagesschau, “Kontrollen an deutschen Grenzen bei Fußball-EM,” *tagesschau.de*, März 26, 2024, <https://www.tagesschau.de/inland/faeser-grenzkontrollen-em-100.html>

Lösungen für Schutzsuchende zu finden. Das Framing dieser Menschen als irreguläre Migrant*innen trägt dazu bei, den Schutzbedarf dieser Personen zu delegitimieren.

Ein großer Teil, der Menschen, die an den EU-Außengrenzen und an Binnengrenzen als irreguläre Migrant*innen gezählt werden, sind Menschen, die anschließend einen Schutzstatus erhalten⁴⁸. Forscher*innen sprechen daher auch von "fake illegals"⁴⁹. Diese Bezeichnung ist auch deswegen sinnvoll, da die Einreise ohne Visum bzw. Pass in der Regel für asylsuchende vor allem für schutzberechtigte Menschen straffrei ist⁵⁰. Dies wird auch in der deutschen Praxis so angewendet. Gleiches gilt auch für Deutschland: Die bereinigte Gesamtschutzquote, bei der formelle Entscheidungen herausgerechnet werden, lag in den Jahren 2022 und 2023 bei rund 70% in der ersten Instanz⁵¹. Diese Quote erhöht sich durch positive Entscheidungen der Verwaltungsgerichte weiter. Diese Zahlen belegen, dass der Mehrheit der Schutzsuchenden, die in Deutschland einen Asylantrag stellen, der Schutzstatus anerkannt wird.

Schleuser für alle Probleme verantwortlich zu machen, greift zu kurz

In diesem Zusammenhang ist auch die Rolle von Schleusern zu bewerten. Zweifellos gibt es Evidenz dafür, dass es Personen und Organisationen gibt, die mit dem Einschleusen von Menschen viel Geld verdienen und die dabei Risiken für Sicherheit und Leben der eingeschleusten Personen eingehen. Dennoch ist der Fokus auf Schleuser und die pauschale Einstufung als Kriminelle, die „skrupellos“, „gewalttätig“ oder sogar „vorsätzlich“ handeln, eine starke Vereinfachung der Realität.⁵²

⁴⁸ Savatic, F., Thiollet, H., Mesnard, A., Senne, J.-N., & Jaulin, T. (2024). Borders Start with Numbers: How Migration Data Create "Fake Illegals". *International Migration Review*, 0(0).

⁴⁹ Savatic et al. 2024

⁵⁰ Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestags, "Ausarbeitung. Einzelfragen zur Einreise von Asylsuchenden," *Bundestag*, 2018, <https://www.bundestag.de/resource/blob/585708/a798b059980c2570799f5918c1bfd86f/WD-3-349-18-pdf-data.pdf>

⁵¹ BAMF, "Aktuelle Zahlen," 12/2022 und 12/2023; eigene Berechnung.

⁵² "Das Geschäft der Schleuser wird immer brutaler und skrupelloser [...]. Es ist jetzt notwendig, alle möglichen Maßnahmen zu treffen, um dieses grausame Geschäft mit dem Leben von Menschen zu stoppen." (BMI 2023c); Sowie: "Die Gewalt zwischen den rivalisierenden Schleuserbanden nimmt zu. Und sie setzen Menschenleben mutwillig aufs Spiel." (BMI 2023d)

BMI, "Gemeinsame Herausforderungen erfordern gemeinsame Lösungen," *Bundesministerium des Innern Und Für Heimat*, November 27, 2023d, <https://www.bmi.bund.de/SharedDocs/kurzmeldungen/DE/2023/11/visegrad-konferenz.html>

Es gibt eine Vielfalt von Motiven und Formen von Schleusungen⁵³. Dabei spielt die “small-scale facilitation” ohne kriminelle Absicht und zum Teil ohne materiellen Nutzen eine wichtige Rolle.⁵⁴ Davon spricht man etwa, wenn Menschen als letztes Glied in der Kette einen PKW über die Grenze steuern oder Geflüchtete zu Fuß begleiten, nicht jedoch höherrangige Aufgaben in der organisierten Kriminalität übernehmen. Menschen begeben sich nicht freiwillig in die Hände von Schleusern, sondern tun dies aus der Not heraus und weil es für sie keine alternativen Einreisemöglichkeiten gibt. Die Verantwortung für das Sterben von Menschen auf Fluchtrouten innerhalb oder außerhalb der EU allein Schleusern zuzuschreiben, entspricht kaum der empirischen Realität. Grundsätzliche Kritik an der Wirksamkeit der Maßnahmen gegen Schleuser wird immer wieder von Wissenschaftler*innen formuliert⁵⁵. Nach Einschätzung von Expert*innen liege es daran, dass sich durch die Kontrollen nichts an den Flucht- und Migrationsmotiven ändert und Migrant*innen sowie Schleuser ihre Strategien an die neuen Maßnahmen anpassen würden. Daher wären Effekte immer nur sehr kurzfristig.

Fehlendes Verständnis für Faktoren die Flucht beeinflussen

Die Debatte und politischen Entscheidungen in Deutschland und anderen Staaten basieren stark auf der Annahme, dass die Aufnahmebedingungen in Zielstaaten entscheidend für Fluchtbewegungen sind. Daher zielen viele Maßnahmen darauf ab, das jeweilige Land unattraktiver zu machen. Demgegenüber zeigen wissenschaftliche Studien, dass Flucht- und Migrationsbewegungen von zahlreichen Faktoren abhängig sind und komplexen Entscheidungsprozessen unterliegen. Dabei sind vor allem sich ändernde Bedingungen und Konfliktdynamiken in Herkunftsländern von großem Gewicht. Faktoren, wie die Sicherheitslage, die Versorgungssituation oder Beschäftigungsmöglichkeiten spielen eine Rolle. Auch die Entwicklungen in Erstaufnahmestaaten oder alternativen Zielstaaten ist von Bedeutung, ebenso wie saisonale Effekte. Wichtige Einflussfaktoren für Fluchtbewegungen liegen außerhalb des politischen Gestaltungsspielraums. Dies betrifft etwa die Wahrnehmung eines

⁵³ Mediendienst Integration, “Die Maßnahmen gegen Schleuser sind krachend gescheitert. Interview mit David Suber,” *Mediendienst Integration*, Februar 12, 2024, <https://mediendienst-integration.de/artikel/die-massnahmen-gegen-schleuser-sind-krachend-gescheitert.html>

⁵⁴ Gabriella Sanchez (2020). Deconstructing the Myth of the Migrant Smuggler, <https://www.bpb.de/themen/migration-integration/kurz dossiers/308174/deconstructing-the-myth-of-the-migrant-smuggler>; Federico Alagna, Gabriella Sanchez, “The persisting challenges of the new European Commission’s smuggling directive proposal,” *Faculty of Law Blogs University of Oxford*, January 8, 2024, <https://blogs.law.ox.ac.uk/border-criminologies-blog/blog-post/2024/01/persisting-challenges-new-european-commissions>; Roberto Forin, “How to break the business model of smugglers,” *Mixed Migration Centre*, September 27, 2023, <https://mixedmigration.org/articles/how-to-break-the-business-model-of-smugglers/>

⁵⁵ Mediendienst Integration 2024

Zielstaates als politisch stabil, die Achtung von Menschenrechten, das Vorhandensein von Community-Netzwerken oder Arbeitsgelegenheiten.⁵⁶

Vom selektiven Umgang mit Zahlen und Forschungsergebnissen

In migrationspolitischen Debatten spielen Zahlen und vermeintliche Auswirkungen von politischen Maßnahmen eine sehr große Rolle. Obwohl wissenschaftliche Expertise in Deutschland und auf EU-Ebene grundsätzlich eine wichtige Rolle in der Öffentlichkeit und im politischen Prozess innehat, finden sich zahlreiche Beispiele für einen selektiven Umgang mit empirischen Daten. Dies kann auch in der Diskussion um die Einführung von Binnengrenzkontrollen und deren Auswirkungen beobachtet werden.

Grundsätzlich ist es sehr anspruchsvoll die Auswirkungen einzelner migrationspolitischer Maßnahmen auf Flucht- und Migrationsbewegungen abzuschätzen. Dies liegt zum einen an der beschriebenen Vielfalt und Komplexität möglicher Einflussfaktoren. Zum anderen sind Daten vielfach unvollständig. Im Fall von irregulären Migrationsbewegungen ist dies fast schon per Definition der Fall. Irreguläre Migrationsbewegungen finden zu einem großen Teil im Verborgenen statt. Statistiken von Staaten oder internationalen Organisationen erfassen diese Bewegungen nur äußerst selektiv und verzerrt. Häufig werden in Grenzstatistiken von Staaten oder internationalen Organisationen nicht Personen, sondern Einreiseversuche gezählt. Im Zusammenspiel mit Zurückweisungen durch Grenzschutzkräfte, kommt es regelmäßig zu einer Mehrfachzählung von Personen in diesen Statistiken. In der öffentlichen Kommunikation wird diese Unterscheidung dann nicht immer getroffen und es entsteht ein Eindruck sehr viel höherer Einreisezahlen⁵⁷. Zudem werden oft nur aggregierte Zahlen erfasst und veröffentlicht, die davon ausgehen, dass sich bestimmte Maßnahmen auf alle Migrant*innen, unabhängig etwa von Herkunftsland, Geschlecht oder sozialer Klasse, gleichermaßen auswirken. Für die Analyse weiter erschwerend hinzu kommt, dass es in Phasen restriktiver Migrationspolitiken regelmäßig zu gesetzgeberischen Hyperaktivismus⁵⁸ kommt und häufig mehrere Gesetzesänderungen – oft auf unterschiedlichen politischen Ebenen – in nahem zeitlichem Abstand erfolgen, so wie

⁵⁶ Hunkler et al., "Spatial and social im/mobility in forced migration: revisiting class", *Journal of Ethnic and Migration Studies* 48, 20 (2022): 1-18; Franssen & de Haas, "Trends and Patterns of Global Refugee Migration", *Population and Development Review* 48, 1 (2021): 97-128; Rodríguez Sánchez et al., "Search-and-rescue in the Central Mediterranean Route does not induce migration: Predictive modeling to answer causal queries in migration research," *Scientific Reports* 13, 11014 (2023)

⁵⁷ Savatic et al., "Borders Start with Numbers: How Migration Data Create 'Fake Illegals'", *International Migration Review* 0(0), 2024.

⁵⁸ Constantin Hruschka; Tim Rohmann, "Excluded by crisis management? Legislative hyperactivity in post-2015 Germany," *International Migration* 61, 3 (2021): 12-24.

es auch gegenwärtig der Fall ist. Eine exakte, datenbasierte Analyse der Auswirkungen von einzelnen Maßnahmen, wie in diesem Fall von Binnengrenzkontrollen, ist also sehr anspruchsvoll. Eine genaue Effektanalyse kann im Rahmen dieser Expertise aus Zeit und Ressourcengründen nicht geleistet werden. Vor dem Hintergrund der hier gemachten Ausführungen und der Erkenntnisse der Migrationsforschung insgesamt werden im nächsten Abschnitt Aussagen, die im Zusammenhang mit den Binnengrenzkontrollen getroffen wurden, kritisch hinterfragt⁵⁹.

Kritische Kommentierung zentraler Aussagen in der aktuellen Debatte in Deutschland

Aussage 1: Die Einführung der zusätzlichen Grenzkontrollen wurde notwendig, weil es eine Zunahme an irregulären Einreisen und von Schleusungen gab.

In der Pressemitteilung des BMI vom 16.10.2023 heißt es etwa: “Die Schleusungskriminalität an den deutschen Grenzen zu Polen, Tschechien, Österreich und der Schweiz hat sich weiter verschärft. Bis Anfang Oktober 2023 hat die Bundespolizei bereits etwa 98.000 unerlaubte Einreisen nach Deutschland festgestellt, im Jahr 2022 waren es insgesamt etwa 92.000.” Auch für die deutsch-polnische Grenze wurde ein solcher Anstieg registriert. Laut Bundesinnenministerium wurde allein im September 2023 die irreguläre Einreise von 3.261 Personen erfasst. Das seien mehr als dreimal so viele Menschen wie im September 2022.⁶⁰

Grundsätzlich ist es nicht unplausibel, dass die Zahl der irregulären Grenzüberquerungen von 2022 zu 2023 angestiegen ist. In den Jahren 2022 und 2023 wurden beispielsweise jeweils mehr Asylanträge in Deutschland registriert als in den Vorjahren. Die Ursachen für diese Zunahme sind vielfältig. Zum einen wurde internationale Mobilität nach dem Ende der Covid 19-Pandemie wieder einfacher und Personen konnten ihr Flucht- bzw. Migrationsvorhaben, das schon länger bestand, nun umsetzen. Zum anderen haben wir langanhaltende oder sich neu intensivierende Fluchtursachen in Ländern wie der Ukraine, Afghanistan, Syrien oder der Türkei, aus denen es historisch gewachsene Community-Strukturen in Deutschland gibt.

⁵⁹ Die Einschätzungen basieren auf öffentlichen zugänglichen Aussagen und Statistiken.

⁶⁰ Fred Pilarski, “Noch keine Entscheidung über Reaktivierung alter Grenzanlagen gefallen”, *rbb24.de*, Oktober 30, 2023, <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/panorama/2023/10/autobahn-12-stau-grenze-polen-kontrollen-illegale-einreisen.html>

Dennoch ist die Zahl der *erfassten* irregulären Einreisen nur von begrenzter Aussagekraft. Zum einen werden hier Einreisen bzw. Einreiseversuche gezählt und *nicht Personen*. Es ist sehr wahrscheinlich, dass Personen hier mehrfach gezählt werden. Zum anderen gab es, wie oben beschrieben, seit 2022 eine kontinuierliche Intensivierung von Kontrollen an den deutschen Grenzen. Es ist daher sehr plausibel, dass die deutlich höhere Kontrolldichte ein wesentlicher Grund dafür ist, dass auch mehr Einreisen bei Kontrollen registriert worden sind. Wenn deutlich mehr Polizeikräfte in der Grenzregion eingesetzt werden, werden in der Folge auch mehr irreguläre Einreisen erfasst. Scheinbar paradoxerweise scheint also die Zahl unerlaubter Einreisen zu steigen, sobald die Polizeipräsenz erhöht wird. Dieser Zusammenhang ist keineswegs neu, auf Einreisen beschränkt oder für den deutschen Fall besonders⁶¹. Auf dieser Basis lassen sich logischerweise nur sehr bedingt Aussagen über eine tatsächliche Veränderung der Einreisezahlen treffen. Zudem lässt sich nur begrenzt etwas über das Ziel der bei Kontrollen aufgegriffenen Menschen aussagen. Aufgrund der zentralen Lage in Europa müssen viele Schutzsuchende, die etwa in Frankreich oder den Beneluxländern einen Asylantrag stellen wollen, durch deutsches Staatsgebiet reisen. Sie werden dann, zumindest teilweise, in der deutschen Grenzkontrollstatistik und auch der Asylstatistik erfasst, halten sich aber möglicherweise nur sehr kurz in der Bundesrepublik auf. Der hohe Anteil in der Asylstatistik von sogenannten formellen Entscheidungen – 2023 waren es knapp 25% aller Entscheidungen – ist hierfür ein Indiz⁶². Dabei handelt es sich um Entscheidungen, die nicht inhaltlich geprüft werden, u.a. weil der Antrag zurückgenommen wurde oder die antragstellende Person nicht mehr auffindbar ist.

Gleiches trifft auf die Zahl der erfassten Schleusungen und Schleuser zu. Ein Anstieg der erfassten Schleusungen bei gleichzeitig intensivierten Kontrollmaßnahmen lässt keine Rückschlüsse auf die tatsächliche Entwicklung der Zahlen zu. Diese Einschätzung teilt auch das Bundeskriminalamt⁶³.

⁶¹ Gordon Hanson; Antonio Spilimbergo, "Illegal Immigration, Border Enforcement, and Relative Wages: Evidence from Apprehensions at the U.S.-Mexico Border," *American Economic Review* 89, 5 (1999): 1337-1357.

⁶² BAMF, "Schlüsselzahlen Asyl 2023," *Bundesamt für Migration und Flüchtlinge*, Januar, 2024, https://www.bamf.de/SharedDocs/Anlagen/DE/Statistik/SchluesselzahlenAsyl/flyer-schluesselzahlen-asyl-2023.pdf?__blob=publicationFile&v=3

⁶³ Bundeskriminalamt, "Schleusungskriminalität. Bundeslagebild 2022. Gemeinsames Lagebild des Bundeskriminalamts und der Bundespolizei", 2023. Darin heißt es: „Schleusungskriminalität ist sogenannte „Kontrollkriminalität“. Der weit überwiegende Anteil der polizeilichen Erkenntnisse zu diesem Phänomen wird durch eigeninitiierte (Kontroll-)Maßnahmen der Strafverfolgungsbehörden gewonnen. Ohne Kontrollen bleibt Schleusungskriminalität zumeist unentdeckt“

Aussage 2: Die irregulären Einreisen sind nach Einführung der Kontrollen deutlich zurückgegangen

Eine Reihe von Akteur*innen bewerten die Grenzkontrollen als wirksam und erfolgreich. So schreibt das BMI im Februar 2024: "Seit dem 16. Oktober 2023 hat die Bundespolizei im Rahmen der vorübergehend wiedereingeführten Binnengrenzkontrollen zu Polen, Tschechien, Österreich und zur Schweiz knapp 23.000 unerlaubte Einreisen festgestellt und gut 13.000 einreiseverhindernde oder aufenthaltsbeendende Maßnahmen vollzogen. Die Zahl der bundesweit festgestellten unerlaubten Einreisen ist von ca. 21.000 im September 2023 auf ca. 6.700 im Januar 2024 zurückgegangen".⁶⁴ Dabei seien die Zahlen unerlaubter Einreisen bundesweit von Oktober (20.000) zu November (7.300) sehr schnell und deutlich zurückgegangen.⁶⁵ Bis März 2024 wurden 17.600 Einreisen verhindert⁶⁶. Auch für Brandenburg bewertet der zuständige Innenminister Michael Stübgen (CDU) die Grenzkontrollen als wirksam⁶⁷.

Ausweichen auf andere Routen?

Die Zahl der erfassten irregulären Einreisen ist rückläufig. Daraus kann jedoch nicht zweifelsfrei eine Wirksamkeit der Maßnahmen oder ein Rückgang der tatsächlich erfolgten irregulären Einreisen abgeleitet werden. Die Maßnahmen wurden sehr breit medial angekündigt. Zudem ist öffentlich bekannt, an welchen Grenzübergängen stationäre Grenzkontrollen durchgeführt werden. Es ist daher anzunehmen, dass Personen, die einreisen wollen, sowie Schleuser, verstärkt andere Routen gewählt haben. Diese Einschätzung wird auch von Vertreter*innen der Gewerkschaft der Polizei (GdP)⁶⁸ und der Bundespolizei vorgebracht⁶⁹. An der Wirksamkeit stationärer Grenzkontrollen zweifeln auch Vertreter*innen von Sicherheitsbehörden, wie etwa aus einem aktuellen Bericht des Gemeinsamen Analyse- und Strategiezentrum illegale Migration

⁶⁴ BMI 2024a

⁶⁵ BMI 2023d

⁶⁶ Rasmus Buchsteiner, "Nur kleine Fische," Der Spiegel 16 (2024): 16

⁶⁷ MAZ, "Brandenburgs Innenminister zu Grenzkontrollen: Illegale Einreisen fast halbiert," maz-online.de, Oktober 10, 2023, <https://www.maz-online.de/brandenburg/brandenburg-illegale-einreisen-nach-einfuehrung-von-grenzkontrollen-halbiert-NCD4WQMF5JFVJMKM36OGELREMM.html>

⁶⁸ RBB, "Dass durch die Kontrollen weniger Migranten kommen, das ist ein Trugschluss," rbb24.de, Oktober 24, 2023, <https://www.rbb24.de/studiofrankfurt/politik/2023/10/stationaere-grenzkontrollen-lars-wendland-gdp-interview.html>; Märkische Allgemeine, Grenzkontrollen: Pendler kommen zu spät – und Schleuser weichen aus, 26.10.2023 <https://www.maz-online.de/brandenburg/brandenburg-kontrollen-an-grenze-zu-polen-fuehren-zu-staus-schleuser-weichen-aus-2N7LHNY5RVD73HRIBKLHGYGNOQ.html>

⁶⁹ Berliner Zeitung, Der Migrationsdruck an der Grenze lässt nach – aber an den Kontrollen liegt es nicht, 8.11.2023, <https://www.berliner-zeitung.de/mensch-metropole/migrationsdruck-an-polnischer-grenze-laesst-nach-an-den-kontrollen-liegt-es-aber-nicht-li.2156442>

hervorgeht (GASIM).⁷⁰ Demnach würden Schleuser ihre Strategien an die neuen Kontrollmaßnahmen anpassen. Zugleich würden die Kontrollen dazu führen, dass Migrant*innen und Schutzsuchende stärker auf Schleuser angewiesen sind und deren Geschäftsmodell somit stärken.

Rückgang von Asylanträgen – ein Beleg für die Wirksamkeit der Kontrollen?

Der Rückgang der Asylantragszahlen Anfang 2024 wird ebenfalls als ein Beleg für die Wirksamkeit der Grenzkontrollen herangezogen. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die Antragszahlen nach Einführung der zusätzlichen stationären Grenzkontrollen Mitte Oktober zunächst bis November weiter gestiegen sind. Erst im Dezember sind die Asylantragszahlen dann gesunken, im Januar wieder angestiegen und im Februar und März dann wieder deutlicher gesunken. Dieses saisonale Muster ähnelt dem Muster früherer Jahre. Hier kommen u.a. Witterungs- und Feiertageeffekte (im Dezember) zum Tragen. Ein klarer Effekt der deutschen Grenzkontrollen lässt sich aus diesen Zahlen nicht ablesen. Es ist zutreffend, dass die Zahlen im ersten Quartal 2024 (65.419 Erstanträge) deutlich unter den Zahlen für das Vorjahresquartal (80.978; -19,2%) liegen. Wie oben beschrieben wirken potenziell aber sehr viele Einflussfaktoren, die diese Schwankungen erklären können. Hier sind weitere Analysen erforderlich, die Entwicklungen in Herkunftsländern in den Blick nehmen, aber auch die Asylantrags- und Entscheidungszahlen nach Herkunftsländern und Routen, sowie in anderen EU-Staaten detaillierter betrachten. Ebenso zu betrachten sind die Auswirkungen intensivierter Grenzkontrollen anderer EU-Staaten, etwa durch Polen oder Tschechien.

Aussage 3: Die stationären Grenzkontrollen sind ein erfolgreiches Instrument im Kampf gegen Schleuser

Zunächst stellt sich die Frage, wie man die Zahlen der aufgegriffenen Schleuser erfasst und wie man sie vergleichen kann. Aus den bisher veröffentlichten Zahlen wird nicht deutlich, wo diese Aufgriffe stattgefunden haben. Es scheint eher unwahrscheinlich, dass gut organisierte und informierte Schlepper nichts von den stationären Grenzkontrollen mitbekommen haben. Hier ist eine detaillierte Aufstellung der Zahlen notwendig (stationäre Kontrollen; andere grenznahe Kontrollen; andere Orte). Zugleich muss die Zahl der aufgegriffenen Schleuser in einem längeren Zeitraum und im Verhältnis zu dem eingesetzten Personal betrachtet werden.

⁷⁰ Rasmus Buchsteiner, "Nur kleine Fische," Der Spiegel 16 (2024): 16, Rasmus Buchsteiner, "Behörden warnen vor Zunahme illegaler Migration nach Deutschland," spiegel.de, April 24, 2024, <https://www.spiegel.de/politik/deutschland/illegale-migration-nach-deutschland-behoerden-warnen-vor-zunahme-a-76e068ac-886f-459d-862d-d49d5e5d1c01>

Zudem muss die Zahl der "Schleuseraufgriffe" aufgeschlüsselt werden. Denn es handelt sich in der Polizeistatistik zunächst um Verdachtsfälle. Ob es sich tatsächlich um Schleusungen handelt, kann nur abschließend von Gerichten geklärt werden. Es gibt Hinweise darauf, dass so gut wie jede Person, die einen Menschen ohne Aufenthaltstitel zu Fuß oder im PKW über die Grenze begleitet, als Schleuser gezählt wird, beispielsweise auch ein geflüchteter Vater, der seine Familie aus einer polnischen Unterkunft abgeholt hat. Für eine Bewertung dieser Zahlen ist daher eine detaillierte Aufschlüsselung unverzichtbar.

Eine sehr grobe Analyse von bisher veröffentlichten Zahlen ergibt folgendes Bild: Von Januar bis Mitte Oktober 2023 wurden bundesweit rund 1.700 Schleuser aufgegriffen. In 9,5 Monaten entspricht das rund 179 Aufgriffen pro Monat⁷¹. Von Mitte Oktober 2023 bis Ende März 2024 waren es 708 (128 pro Monat)⁷². Aus den veröffentlichten Zahlen geht nicht eindeutig hervor, auf welchen Kontext diese sich genau beziehen. Es ist aber anzunehmen, dass es sich um bundesweite Zahlen handelt, da kein expliziter Hinweis auf den regionalen Bezug gemacht wird. Auf Grundlage dieser Zahlen ist keine Intensivierung beim Aufgriff von Schleusern festzustellen, sondern sogar ein Rückgang der monatlichen Aufgriffe.

Negative Auswirkungen von Grenzkontrollen

Zurückweisungen bei Grenzkontrollen

Wenn bei Personenkontrollen schutzbegehrende Drittstaatsangehörige aufgegriffen werden, werden diese in Erstaufnahmeeinrichtungen des jeweiligen Bundeslandes untergebracht. Hier wird das Asylgesuch geprüft, ebenso wie die mögliche Zuständigkeit anderer europäischer Staaten im Rahmen der Dublin-Verordnung.⁷³ Die Gewerkschaft der Polizei geht davon aus, dass "nicht mehr als fünf Prozent von den Aufgegriffenen wieder zurückgewiesen werden können. Allgemeine Zurückweisungen sind an Binnengrenzen rechtlich gesehen gar nicht möglich – also das, was die Innenminister

⁷¹ Bundespolizei, "Binnengrenzkontrollen an den Landgrenzen zu Polen, Tschechien und der Schweiz: Notifizierung bei der EU-Kommission erfolgt", *Bundespolizei.de*, Oktober 16, 2023, https://www.bundespolizei.de/Web/DE/04Aktuelles/01Meldungen/2023/09/231016_binnen.html

⁷² Tagesschau, "Faeser sieht Erfolge bei Grenzkontrollen", *tagesschau.de*, April 12, 2024, <https://www.tagesschau.de/inland/innenpolitik/faeser-unerlaubte-einreisen-100.html>

⁷³ BMI 2024a

immer erzählen. Dass wir damit die Migrationszahlen in Deutschland senken können, wie derzeit überall propagiert wird, ist eine Fehlinformation.”⁷⁴

Wenn Zurückweisungen rechtlich kaum möglich sind, wie ist dann zu erklären, dass es im Rahmen von Grenzkontrollen regelmäßig zu Zurückweisungen von Personen, die ohne gültige Reisedokumente, Visum oder Aufenthaltstitel aufgegriffen werden, kommt?⁷⁵ Berichten von Rechtsanwälten und Menschenrechtsorganisationen zufolge wurden immer wieder Personen trotz geäußertem Asylgesuch durch die Bundespolizei zurückgewiesen, was ein Verstoß gegen das Völkerrecht wäre.⁷⁶ Medienberichten zufolge wurden bereits 2022 Geflüchtete an der deutsch-polnischen Grenze gedrängt, auf ein Schutzgesuch zu verzichten.⁷⁷ Gerichtlich rechtswidriges Handeln der Bundespolizei nachzuweisen sei jedoch kaum möglich, da sich die Betroffenen oftmals nicht in Deutschland befinden und “andere Probleme hätten” bzw. aufgrund ihrer Vulnerabilität vor einem Rechtsstreit zurückschrecken oder finanziell dazu nicht in der Lage sind.⁷⁸

Vor diesem Hintergrund sind weitere Untersuchungen zu den Praktiken der Polizei an der Grenze von großer Bedeutung. Es stellen sich Fragen, wie genau die Polizei angesichts von sehr unterschiedlichen Sprachen, die Schutzsuchende sprechen, zweifelsfrei abklärt, ob ein Asylgesuch vorliegt oder nicht vorliegt. Weiter ist es von Relevanz, welche weiteren Informationen bei Grenzkontrollen dokumentiert werden.

Negative Auswirkungen auf Grenzverkehr, Pendler*innen und Handel

Eine tiefergehende Analyse der Auswirkungen der Grenzkontrollen auf Menschen oder Unternehmen in der Grenzregion, Pendler*innen oder den Handel, geht über den Rahmen dieser Kurzexpertise hinaus. Wahrscheinliche negative Auswirkungen waren ein zentrales Argument, das u.a. Innenministerin Faeser gegen stationäre

⁷⁴ RBB 2023

⁷⁵ Bundestag-Drucksache 20/8274

⁷⁶ ebd.,

BMI, “Ihre Frage 11/15 für die Fragestunde des Deutschen Bundestages am 29.11.2023”, https://cms.clarabuenger.de/uploads/MF_15_Zurueckweisungen_Oktober_und_November_2023_d0c90f924b.pdf
Bundestag-Drucksache 20/5674

⁷⁷ Aaron Wörz, “Pushback auf Deutsch,” *taz.de*, September 23, 2022 <https://taz.de/Zurueckweisungen-von-Gefuechteten/!5879819/>

⁷⁸ Nora Nolle “Grenzkontrollen in Brandenburg: Fragwürdige Zurückweisungen,” *nd-aktuell.de*, Dezember 13, 2023,
<https://www.nd-aktuell.de/artikel/1178500.migration-grenzkontrollen-in-brandenburg-fragwuerdige-zurueckweisungen.html>

Grenzkontrollen vorgebracht hatte. Untersuchungen zu früher eingeführten Grenzkontrollen hatten solche negativen Auswirkungen identifiziert – wenngleich je nach verwendeter Methode in unterschiedlichem Umfang.⁷⁹ Vertreter von Unternehmensverbänden haben sich vor diesem Hintergrund gegen die stationären Kontrollen ausgesprochen. Nach der Entscheidung zur Einführung der Kontrollen betonte das BMI, „dass sich die Kontrollen so wenig wie möglich auf den Alltag von Pendlern, auf den Handel und auf den Reiseverkehr auswirken“⁸⁰ sollen. Trotz dieser Ankündigungen ist es zu erheblichen negativen Auswirkungen für Pendler*innen und Handel gekommen. Es kam und kommt immer wieder zu zum Teil erheblichen Staus, durch die auch der öffentliche Personennahverkehr beeinträchtigt wird.⁸¹ Menschen kamen regelmäßig verspätet zu ihrem Arbeitsplatz⁸². Auch Schüler*innen und Student*innen kamen zu spät zum Unterricht. Vertreter*innen von Wirtschaftsverbänden kritisierten die Kontrollen daher und forderten ihr baldiges Ende.⁸³

Hohe Kosten und Personalbindung

Bei der Bewertung der Verhältnismäßigkeit stationärer Grenzkontrollen müssen weitere Aspekte berücksichtigt werden. Dies sind zum einen die hohen Kosten, die mit den Kontrollen einhergehen, z.B. Reise- und Übernachtungskosten der an den Grenzen eingesetzten Polizist*innen sowie Bau- und Herrichtungskosten bzw. Mietkosten. Zum anderen betrifft es die Bindung von Polizeikräften, die dann für andere Aufgaben nicht zur Verfügung stehen. Laut Gewerkschaft der Polizei würden für die Grenzkontrollen momentan 16 Hundertschaften der Bundespolizei benötigt.⁸⁴ Dieses Personal würden

⁷⁹Deutscher Bundestag/Wissenschaftliche Dienste, „Ökonomische Auswirkungen von Binnengrenzkontrollen im Schengen-Raum“, bundestag.de, September 13, 2018, <https://www.bundestag.de/resource/blob/573430/b6ff790e687fca6af4c5c1d9a56cbfcf/WD-5-109-18-pdf.pdf>

⁸⁰ BMI 2023c

⁸¹ Pilarski 2023

⁸² Luis Kuminka, „Grenzkontrollen: Pendler kommen zu spät – und Schleuser weichen aus“, *maz-online.de*, Oktober 26, 2023, <https://www.maz-online.de/brandenburg/brandenburg-kontrollen-an-grenze-zu-polen-fuehren-zu-staus-schleuser-weichen-aus-2N7LHNY5RVD73HRIBKLHGYGNOQ.html>

⁸³ Kuminka 2023, MAZ, „Grenzkontrollen: So will die Bundespolizei das Stauproblem für Pendler lösen“, *maz-online.de*, November 10, 2023, <https://www.maz-online.de/brandenburg/staus-durch-grenzkontrollen-in-brandenburg-und-polen-bundespolizei-bietet-loesung-U4YW27ECSFD6HOARVLPSE3KVQ.html>
Süddeutsche, „Grenzkontrollen problematisch für Unternehmen und Pendler“, *sueddeutsche.de*, November 9, 2023, <https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/verkehr-potsdam-grenzkontrollen-problematisch-fuer-unternehmen-und-pendler-dpa.urn-newsml-dpa-com-20090101-231109-99-879806>

⁸⁴ Buchsteiner 2024: 16

etwa auf Bahnhöfen, an Flughäfen oder bei Großveranstaltungen fehlen. Vor diesem Hintergrund ist es zumindest fraglich, ob die stationären Grenzkontrollen als verhältnismäßig gelten können, wie es im Schengener Grenzkodex vorgesehen ist.

Schlussfolgerungen, Ausblick & offene Fragen

Innenpolitiker*innen betonen, dass die Grenzkontrollen vielleicht nicht optimal seien und eine Rückkehr zu einem Europa ohne Grenzkontrollen angestrebt wird. Zugleich weisen sie darauf hin, dass die Kontrollen noch längere Zeit – möglicherweise mehrere Jahre – erforderlich sein werden.⁸⁵ Die Vergangenheit hat gezeigt, dass temporären Kontrollen, wenn sie einmal eingeführt wurden, viele Jahre andauern können. Durch die Änderungen im Schengener Grenzkodex ist es für Staaten künftig einfacher, Binnenkontrollen einzuführen und länger aufrechtzuerhalten.

Die Innenministerin⁸⁶ und andere Innenpolitiker*innen⁸⁷ stellen dabei einen Zusammenhang mit den EU-Außengrenzen und der Reform des Europäischen Asylsystems her. Erst wenn die EU-Außengrenzen besser gesichert sein werden, würden die Binnengrenzkontrollen nicht mehr erforderlich sein, lautet ihre Argumentation. Insbesondere die GEAS-Reform, die voraussichtlich Mitte 2026 in Kraft treten wird, spielt eine zentrale Rolle. Wenn die neuen Regeln wirksam werden, die u.a. Screening, Grenzverfahren und Grenzurückkehrverfahren sowie strengere Regeln für sogenannte Sekundärmigration beinhalten, dann würden irreguläre Migrationsbewegungen nach Deutschland zurückgehen und die Kontrollen an den deutschen Grenzen wären nicht mehr erforderlich.

Diese Verknüpfung möglicher Auswirkungen der GEAS-Reform mit den Binnengrenzkontrollen ist jedoch problematisch. Denn wie genau sich die neuen Regeln auf Flucht- und Migrationsbewegungen auswirken werden, ist nur sehr schwer zu prognostizieren. Es ist sehr ungewiss, inwiefern der erwartete Effekt geringer Fluchtbewegungen nach Deutschland eintritt. Es spricht sogar einiges dagegen, denn die neuen Regeln ändern nichts an zentralen Einflussfaktoren für Fluchtbewegungen. Dies betrifft zum einen die Fluchtursachen. Aber auch Faktoren, die innerhalb der EU zum Tragen kommen, wie Familiennetzwerke, gute Aufnahmebedingungen oder

⁸⁵ Buchsteiner 2024: 16

⁸⁶ BMI 2023c

⁸⁷ RBB, "Grenzkontrollen sind laut Stübgen noch Jahre notwendig", rbb24.de, Februar 14, 2024, <https://www.rbb24.de/politik/beitrag/2024/02/brandenburg-innenminister-stuebgen-kontrollen-grenze-einreise-asylreform.html>

Arbeitsmarktgelegenheiten bleiben unverändert. Ebenso spricht nicht sehr viel dafür, dass Staaten an den Außengrenzen - auch angesichts eines nur sehr rudimentären Solidaritätsmechanismus, der mit der Reform eingeführt werden soll - große Anreize für eine Verbesserungen ihrer Aufnahmebedingungen und Integrationspolitiken sehen. Einige Beobachter*innen prognostizieren sogar potenziell eine Zunahme von Sekundärmigration nach Deutschland und andere Staaten, da Schutzsuchende versuchen könnten sich Grenzverfahren zu entziehen.⁸⁸

Grundsätzlich ist die Erwartungshaltung, dass ein weiterer Ausbau von Grenzschutzmaßnahmen an den EU-Außengrenzen dazu führen wird, dass weniger Personen irregulär einreisen, unrealistisch. Eine solches Narrativ gibt es seit vielen Jahren⁸⁹. Die Abwehrmaßnahmen an den EU-Außengrenzen wurden in den zurückliegenden Jahren kontinuierlich und substanziell ausgebaut, nicht zuletzt mit befestigten Grenzanlagen und einer intensivierten Kooperation mit Nachbarstaaten (sogenannte Externalisierung). Auch gibt es zahlreiche Berichte über äußerst gewaltsame und nicht EU-rechtskonforme Grenzschutzpraktiken an Außengrenzen⁹⁰. All diese Maßnahmen haben nicht zu einem Verschwinden des Phänomens der irregulären Migration geführt. Die Vorstellung, dass Grenzen fast vollständig geschlossen werden und gleichzeitig internationales Recht eingehalten werden kann, führt in die Irre.

Die Wirkungen von Grenzkontrollen ebenso wie andere Instrumente - etwa die Absenkung von Sozialleistungen oder die Einführung einer Bezahlkarte - als migrationsreduzierende Mittel sind äußerst zweifelhaft⁹¹. Zugleich verursachen derartige Maßnahmen hohe direkte und indirekte Kosten⁹². Im Falle von Grenzkontrollen gehen selbst Sicherheitsexperten davon aus, dass diese das

⁸⁸ Diese Argumentation wurde von Expert*innen in Diskussionen, die unter Chatham House Rule, organisiert waren, geteilt. Daher werden sie hier nicht genannt.

⁸⁹ Ruben Anderson, "Europe's failed 'fight' against irregular migration: Ethnographic notes on a counterproductive industry" *Journal of Ethnic and Migration Studies* 42(7), 2016: 1055-1075

⁹⁰ MSF, "In plain sight. The Human Cost of Migration Policies and Violent Practices at Greek Sea Borders," *Medicins Sans Frontières*, 2023, <https://www.aerzte-ohne-grenzen.de/sites/default/files/2023-11/2023-greece-in-plain-sight.pdf>
UNHCR, "UNHCR warns of increasing violence and human rights violations at European borders," UN Refugee Agency, Februar 21, 2022, <https://www.unhcr.org/news/news-releases/news-comment-unhcr-warns-increasing-violence-and-human-rights-violations>

⁹¹ Noa K. Ha, "Stellungnahme zum Thema Asylbewerberleistungen, Ausschuss Arbeit und Soziales," *Bundestag*, April 8 2024, <https://www.bundestag.de/resource/blob/997080/2d376d35934301c0a2e5f1afb073572/Stellungnahme-Ha.pdf>

⁹² Herbert Brücker, "Stellungnahme: Wissenschaftliche Einschätzung der Bezahlkarte für Geflüchtete." *DeZIM*, April 8, 2024, https://www.dezim-institut.de/fileadmin/user_upload/Demo_FIS/publikation_pdf/FA-6050.pdf

Geschäftsmodell von Schleusern eher stärken und schutzsuchende Personen in eine noch schwierigere Lage drängen könnten.

Es scheint, als wären die Grenzkontrollen zu einem großen Teil ein Element politischer Kommunikation. Gemeinsam mit anderen Maßnahmen sollen sie den Eindruck von Kontrolle erwecken. Aus diesem Grund scheint es für Regierungen sehr schwierig zu sein, einmal etablierte Kontrollen wieder aufzuheben. Die damit verbundenen Debatten verstärken zudem einen Diskurs der Stigmatisierung und Kriminalisierung von schutzsuchenden Menschen.

Grundsätzlich wäre eine Entdramatisierung des Diskurses über irreguläre Migration wünschenswert. Zum einen ist das Phänomen quantitativ überschätzt. Nur ein geringer Anteil der Migration in die EU-Staaten findet auf irregulärem Weg statt. Zum anderen kann eine Regularisierung von Flucht- und Migrationsbewegungen nur dann gelingen, wenn sichere und legale Migrationswege ausgebaut werden und/oder deutlich bessere Schutz- und Lebensbedingungen in Erstaufnahme- bzw. Transitstaaten organisiert werden.

Weitere datenbasierte und unabhängige Untersuchungen sind erforderlich. Diese sollten die Auswirkungen von Grenzkontrollen umfassender untersuchen. Der Fokus auf eine Reduktion von erfassten irregulären Einreisen an einzelnen Grenzen greift zu kurz. Weitergehende Analysen sollten unterschiedliche Datenquellen triangulieren und über einen längeren Zeitraum betrachten (etwa Asylantrags- und Entscheidungszahlen, auch in anderen Staaten). Dabei sollten auch die Folgen für unterschiedliche Gruppen von schutzsuchenden Personen berücksichtigt werden. So wäre es in der aktuellen Situation empfehlenswert mindestens zwischen Geflüchteten aus der Ukraine und aus anderen Ländern zu differenzieren bzw. Statistiken entsprechend aufzuschlüsseln, um die unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu berücksichtigen.

Impressum

Kurzexpertise erstellt von Dr. Marcus Engler und Lea Christinck

Kurzexpertise für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag

Herausgeberin:
Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
im Brandenburger Landtag
Alter Markt 1
14467 Potsdam
T: +49 (0) 332-966 1700
F: +49 (0) 331-966 1702
info@gruene-fraktion.brandenburg.de
www.gruene-fraktion-brandenburg.de

Potsdam, 7. Mai 2024

Diese Publikation enthält Informationen über die parlamentarische Arbeit der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im Brandenburger Landtag und ist nicht zum Zweck der Wahlwerbung bestimmt.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autor*innen.